

Stand: 11.05.2024 15:36:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/10427

"Schwangerschaftskonfliktberatung in Bayern evaluieren und verbessern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/10427 vom 12.10.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/11787 des SO vom 29.10.2020
3. Beschluss des Plenums 18/16532 vom 16.06.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 85 vom 16.06.2021



Antrag

der Abgeordneten **Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl, Andreas Winhart**
und **Fraktion (AfD)**

Schwangerschaftskonfliktberatung in Bayern evaluieren und verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie führt eine Anhörung zum Thema „Bessere Unterstützung bei ungeplanten und ungewollten Schwangerschaften – Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten“ durch.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Beratungsangebot gem. § 219 Abs. 1 Strafgesetzbuch (StGB) staatlich anerkannter Beratungsgestalten bei Schwangerschaftskonflikten in Bayern im Rahmen einer qualitativen Forschung zu evaluieren.

Begründung:

Am 14. September 2020 veröffentlichte das Statistische Bundesamt die aktuellen Zahlen der Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland. Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland lag im 2. Quartal 2020 mit rund 25 100 gemeldeten Fällen um 2,8 Prozent höher als im 2. Quartal 2019.

70 Prozent der Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch durchführen ließen, waren zwischen 18 und 24 Jahre alt, 19 Prozent waren zwischen 35 und 39 Jahre. Acht Prozent der Frauen waren 40 Jahre und älter, drei Prozent waren jünger als 18 Jahre. Rund 41 Prozent der Frauen hatten vor dem Schwangerschaftsabbruch noch kein Kind zur Welt gebracht.

96 Prozent aller Abtreibungen fanden nach der Beratungsregelung statt. Eine medizinische Indikation oder ein Sexualdelikt war in den übrigen vier Prozent der Fälle die Begründung für den Abbruch. Besonders bestürzend ist, dass zwei Drittel aller Abtreibungen mit chemischen Präparaten erfolgt, welche die Frauen zu Hause einnehmen.

Anhand dieser Zahlen kann man klar erkennen, dass das Beratungsmodell, bei dem schwangere Frauen eine „ergebnisoffene“ Beratung durchlaufen, wenig dazu beiträgt, das ungeborene Leben effektiv zu schützen, wie auch die „Aktion Lebensrecht für Alle“ (ALfA) konstatierte.

Weiter erläuterte Cornelia Kaminski, die Bundesvorsitzende der ALfA: „Wer angesichts der Zahlen immer noch davon spricht, die Gesetzeslage in Deutschland sei zu wenig liberal und nicht frauenfreundlich genug, handelt in Wahrheit frauenfeindlich. Frauen leiden an Abtreibungen, nehmen hohe gesundheitliche Risiken bis hin zum Tod durch Abtreibungspräparate in Kauf und Kinder sterben dabei. Als Gesellschaft sind wir gefordert, dieses Leid weitestgehend einzudämmen: bessere Beratung, mehr Hilfe, mehr Schutz des ungeborenen Lebens sind dringend vonnöten.“



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u.a. und
Fraktion (AfD)**
Drs. 18/10427

Schwangerschaftskonfliktberatung in Bayern evaluieren und verbessern

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichtersteller: **Jan Schiffers**
Mitberichtersterlerin: **Susann Enders**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 29. Oktober 2020 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/10427, 18/11787

Schwangerschaftskonfliktberatung in Bayern evaluieren und verbessern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Jan Schiffrers

Abg. Sylvia Stierstorfer

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Susann Enders

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Julika Sandt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Antrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)

**Schwangerschaftskonfliktberatung in Bayern evaluieren und verbessern
(Drs. 18/10427)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Jan Schiffers. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Jan Schiffers (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in Bayern ist mit leichten Schwankungen in den letzten Jahren anhaltend hoch. Im Jahr 2020 wurden im Freistaat 12.487 Abtreibungen vorgenommen. Diese hohe Zahl ist erschütternd, geht es doch in jedem einzelnen Fall um ein Menschenleben.

Rund 96 % aller Abtreibungen in Bayern fanden nach der sogenannten Beratungsregelung statt. Nur rund 4 % der Abtreibungen erfolgten hingegen aufgrund medizinischer Indikation bzw. infolge eines Straftatbestandes oder eines Sexualdelikts.

Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verpflichtet das Grundgesetz den Staat, auch das ungeborene Leben zu schützen. Hiernach hat der Staat die Aufgabe, den rechtlichen Schutzanspruch des ungeborenen Lebens im allgemeinen Bewusstsein zu beleben und zu erhalten.

Die Diskussionen zu diesem Antrag im Sozialausschuss haben gezeigt, dass diese Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nicht allen Abgeordneten bekannt bzw. bewusst sind. Schon deshalb ist es erforderlich, dieses fundamental wichtige Thema auch hier im Plenum zu behandeln.

Die Wertentscheidungen des Grundgesetzes und die daraus resultierende Rechtsprechung des Verfassungsgerichts deutlich zu machen und diese umzusetzen, darum geht es uns mit dem vorliegenden Antrag. Hierbei geht es darum, das bestehende Beratungsangebot zu evaluieren und Verbesserungsmöglichkeiten zu entwickeln. Das ist ein Anliegen, das im Bayerischen Landtag doch ohne Weiteres mehrheitsfähig sein sollte.

Ja, es gibt im Freistaat Bayern bereits ein umfangreiches Beratungsangebot. In den Beratungsstellen sind viele engagierte Beschäftigte, die ihre verantwortungsvolle Arbeit ernst nehmen. Doch nichts ist so gut, dass es nicht noch verbessert werden könnte, und die anhaltend hohen Zahlen der Schwangerschaftsabbrüche zeigen, dass hier auch ein konkreter Verbesserungsbedarf besteht.

Wir möchten, dass im Sozialausschuss eine Anhörung durchgeführt wird und evaluiert wird, inwieweit Frauen, die ungewollt schwanger geworden sind, noch besser geholfen werden kann als bisher, um eine Entscheidung für das Kind zu erreichen.

Eine ungewollte Schwangerschaft stellt für jede Frau einen Einschnitt dar. Im mildesten Fall ist sie eine Herausforderung, in anderen Fällen ein Dilemma, das Existenzängste hervorrufen kann. Ich bin mir sicher, dass keine Frau in dieser Situation eine leichtfertige Entscheidung trifft. In einer solchen Situation ist ein umfangreiches Beratungs- und Unterstützungsangebot unabdingbar.

Im Rahmen der Beratung des Antrags im Sozialausschuss wurde vonseiten einiger Fraktionen sinngemäß eingewandt, das Selbstbestimmungsrecht der Frau sei allein entscheidend für die Frage, ob ein Abbruch vorgenommen werden soll oder nicht. Doch diese Argumentation verkennt nicht nur die genannte Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und die hieraus resultierende Verpflichtung staatlicher Stellen zum Schutz des ungeborenen Lebens; diese Art der Argumentation verkennt auch, dass die Frage, ob eine Abtreibung durchgeführt wird oder nicht, eben nicht eine reine Frage der Selbstbestimmung der Frau ist, sondern letztlich auch eine der Fremdbe-

stimmung. Das ungeborene Kind, über dessen Schicksal bestimmt wird, kann sich schließlich nicht selbst äußern.

(Beifall bei der AfD)

Die Perspektive des ungeborenen Kindes wird in der Diskussion jedoch häufig konsequent ausgeblendet. Hier für eine differenziertere Betrachtung zu sorgen und auch die Belange der ungeborenen Kinder in den Blick zu nehmen, ist der AfD-Fraktion und auch mir persönlich ein wichtiges Anliegen.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter – Nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion die Abgeordnete Sylvia Stierstorfer. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Sylvia Stierstorfer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Schwangerschaft kann Glück, Freude und Hoffnung, aber auch Sorge, Angst oder Unsicherheit hervorrufen. In einer schwierigen Lebenssituation hilft es, mit erfahrenen Gesprächspartnerinnen oder Gesprächspartnern zu reden. Schwangere Frauen haben deshalb Anspruch auf umfassende Beratung in allen Fragen, die ihre Schwangerschaft betreffen. Jede Frau soll für sich entscheiden, ob sie ihr Kind behalten will.

Entgegen der Auffassung der Kolleginnen und Kollegen aus der AfD-Fraktion ist festzustellen, dass die Situation beim Schutz des ungeborenen Lebens eine kontinuierlich positive Tendenz zeigt. Trotz steigender Schwangerschaftszahlen geht die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in Bayern kontinuierlich zurück. In Bayern ist die Abbruchquote bezogen auf 10.000 Frauen im gebärfähigen Alter besonders niedrig. Abgesehen von Baden-Württemberg gab es in keinem anderen Bundesland in den letzten Jahren so wenig Abbrüche wie in Bayern. Eine quartalsweise Betrachtung der Zahlen,

wie Sie sie in Ihrem Antrag vornehmen – noch dazu in Bezug auf ganz Deutschland –, hat für sich genommen wenig Aussagekraft.

Die sehr niedrigen Abbruchzahlen in Bayern sind auf umfassende Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung zurückzuführen. Hier möchte ich vor allem folgende Maßnahmen hervorheben:

Erstens ist es die umfassende und kompetente Beratung durch die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen. Das Personal in den Beratungsstellen macht eine unglaublich tolle Arbeit, indem es, egal unter welchen Umständen, eine ergebnisoffene und unvoreingenommene Beratung möglich macht. Das ist für viele Frauen und oftmals auch für die betroffenen Männer eine große Hilfe. Dafür ein ganz herzliches Dankeschön!

(Beifall)

Zweitens ist es die Unterstützung von Schwangeren durch die "Landesstiftung Hilfe für Mutter und Kind".

Drittens ist es die Finanzierung der Beratungstätigkeit. Die Förderung in Höhe von insgesamt 95 % ist bundesweit eine der höchsten Förderungen.

Viertens ist es die Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für den Schutz des ungeborenen Lebens. Hier möchte ich auf das breite Informationsangebot des Staatsministeriums verweisen.

Fünftens sind die umfangreichen Familienleistungen, wie zum Beispiel das Bayerische Familiengeld und Betreuungsangebote, die durchaus eine positive Auswirkung auf die Entscheidung für ein Kind in schwierigen Lebenssituationen haben können, nicht zu vergessen. Sie sind ein klares Signal, dass man nicht alleingelassen wird, sondern Unterstützung erhält.

In diesem Sinne sind die CSU-Fraktion und ich persönlich der Meinung, dass in Bayern der Schutz des ungeborenen Lebens vorbildlich erfüllt wird. Wir lehnen deshalb den Antrag der AfD-Fraktion ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Zwischendurch gebe ich die Ergebnisse namentlicher Abstimmungen bekannt.

Zum Antrag der FDP-Fraktion betreffend "1000er-Kriterium bei Bahnreaktivierungen modifizieren" auf Drucksache 18/11137: Mit Ja haben 24 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 65 Abgeordnete. Stimmenthaltungen: 8. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Reaktivierungskriterien überarbeiten" auf Drucksache 18/10389: Mit Ja haben 30 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 65 Abgeordnete. Stimmenthaltung: 1. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Eva Lettenbauer. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vergangenheit hat gezeigt, dass es meist keine gute Idee ist, wenn eine Gruppe von Männern über Belange von Frauen entscheidet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch bei diesem Antrag zeigt sich, dass eine Fraktion, die zu 90 % aus Männern besteht, augenscheinlich wenig Ahnung von der Lebensrealität von Frauen hat. In Ihrem Antrag geht es nicht um die Bedürfnisse von Frauen oder Schwangeren oder darum, die Situation von Frauen, die Hilfe und Informationen brauchen, zu verbessern. Ihr An-

trag zielt nur darauf ab, schwangere Frauen, die sich in einer Notlage befinden, weiter zu stigmatisieren. Wir GRÜNE werden weiter dafür einstehen, dass Frauen ihr Recht auf Selbstbestimmung erhalten; denn Frauenrechte sind Menschenrechte. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es gibt eine Zwischenbemerkung. Bleiben Sie bitte gerade noch am Rednerpult. – Die Meldung zu einer Zwischenbemerkung ist wieder zurückgenommen worden. Herzlichen Dank, das war's.

(Jan Schiffers (AfD): Nein, die ist nicht zurückgenommen worden!)

– Auf meiner Anzeige ist sie zurückgenommen. Sie haben eine Zwischenbemerkung?
– Der Abgeordnete Jan Schiffers von der AfD-Fraktion hat doch eine Zwischenbemerkung. Ich erteile ihm hiermit das Wort.

Jan Schiffers (AfD): Sehr geehrte Frau Kollegin Lettenbauer, Sie haben in Ihrer Rede eigentlich das bestätigt, was ich ausgeführt habe. Einige Fraktionen, darunter auch die Ihre, blenden die Perspektive des ungeborenen Kindes konsequent aus. Das zunächst einmal als Vorbemerkung.

Im Übrigen muss ich feststellen – wir sind jetzt in der zweiten Runde, wir hatten das Thema schon im Ausschuss –, dass Sie den Antrag offensichtlich nicht gelesen haben. Selbstverständlich geht es uns darum, auch Frauen zu helfen, aber in einem umfassenden Zusammenhang und auch mit Blick auf das Kind. Abschließend eine Frage an Sie: Wann beginnt für Sie das menschliche Leben, wann kommt Ihrer Auffassung nach dem Menschen die Menschenwürde des Grundgesetzes zu?

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Ihr Antrag zeigt eindeutig, dass Sie Frauen, die sich für eine Abtreibung entschieden haben, misstrauen. Sie führen in der Begründung aus, dass es zu hohe Zahlen sind. Ich meine, dass sich jede Frau ausgiebig Gedanken macht und nie leichtfertige Entscheidungen getroffen werden. Das haben Sie selbst

gesagt. Sie widersprechen sich selbst mit dem, was Sie hier fordern. Sie gehen immer wieder darauf ein, dass auch Abtreibungen psychische Störungen verursachen. Dieses Post-Abortion-Syndrom ist von der Pro-Life-Bewegung einfach erfunden worden. Sie kann das wissenschaftlich nicht belegen. In Bayern haben wir nur sehr wenige Ärztinnen und Ärzte, die noch Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Diese werden massiv bedroht. Das kommt daher, weil Sie und insbesondere Ihre Ecke gegen diejenigen, die sich ganz sicher nicht leichtfertig für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, ganz massiv hetzen. Wir brauchen im Bayerischen Landtag diese Anhörung nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist für die FREIEN WÄHLER die Abgeordnete Susann Enders. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich selber bin Mutter von drei Kindern und kann aus eigener Erfahrung sagen: Die Geburt ist ein unglaublich emotionaler Moment. Die Schwangerschaft ist manchmal fordernd und manchmal auch belastend. Vor allem aber ist sie im besten Fall auch ein ganz schönes Ereignis.

Werte Kolleginnen und Kollegen der AfD-Fraktion, wenn Sie über dieses Thema sprechen, bitte ich Sie inständig darum: Machen Sie es richtig, und machen Sie es vor allem doch ehrlich. In Ihrem Antrag berufen Sie sich auf zwei Quartale in den Jahren 2020 und 2019. Das ist für mich kein repräsentatives Bild. Zudem wurden aufgrund der Corona-Pandemie nicht einmal alle Daten von allen Praxen gemeldet. Fakt ist, dass in den letzten Jahren beim Schutz des ungeborenen Lebens eine kontinuierlich positive Tendenz zu erkennen ist. Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche geht zurück, obwohl mehr Kinder in Bayern geboren werden. Das heißt, unsere Beratung und unsere Unterstützung zeigen massiven Erfolg.

Eine quartalsweise Betrachtung wie Sie von der AfD sie vornehmen, noch dazu mit Blick auf ganz Deutschland, hat für Bayern wenig Aussagekraft. Sie malen wie immer kurzsichtig schwarz und schüren Panik. Übrigens: Wenn Sie die Zahlen für Deutschland wissen wollen, dann können Sie die einfach googeln. Das geht ganz einfach. Das geht bis 2001 zurück.

Sie sagen in Ihrem Antrag, der Schutz des ungeborenen Lebens sei verbesserungswürdig. Das kann ich aus eigener Erfahrung in meiner politischen Arbeit und als Mitglied einer Regierungsfraktion nur ganz energisch zurückweisen. Sie wiegeln mit Ihren Worten auf. Man könnte meinen, Sie wollen für Aufsehen sorgen: ein billiger Trick; eine Schlagzeile. Sie scheuen sich auch nicht, dafür Frauen in einer der schwierigsten Lebenssituationen überhaupt zu benutzen, nämlich die Frauen, für die eine Schwangerschaft nicht die schönste Situation im Leben ist.

Die Situation im Bereich des Schutzes des ungeborenen Lebens in Bayern zeigt eine kontinuierlich positive Tendenz. Breite Maßnahmen zur Verbesserung des Lebensschutzes sind der Bayerischen Staatsregierung ebenso wichtig wie ein umfassender Austausch zu den Verbesserungsmöglichkeiten bei der Schwangerenberatung. Die niedrigen Abbruchzahlen in Bayern sind auf umfassende Maßnahmen der Staatsregierung zurückzuführen – von umfassender Beratung über Prävention über Unterstützung von Schwangeren durch die "Landesstiftung Hilfe für Mutter und Kind" bis hin zu ganz praktischen und greifbaren Dingen wie umfangreichen Familienleistungen und kompetenten Beratungsangeboten. Kompetenz, sehr geehrte Damen und Herren von der AfD, ist das eine. Das andere ist Moral. Beides vermisse ich in Ihrem Antrag. Deshalb bitte ich um Ablehnung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Jan Schiffers, AfD-Fraktion, vor, dem ich hiermit das Wort erteile.

Jan Schiffers (AfD): Sehr geehrte Frau Kollegin Enders, zunächst: Ich habe den Eindruck, Sie verwechseln Moralismus mit Moral. Sie haben kritisiert, dass hier Quartalszahlen vorgelegt werden. Ich bin Ihrem Tipp gerne gefolgt. Ich habe die Zahlen gegoo-gelt. Beim Statistischen Bundesamt kann man das Ganze sehr schön nachvollziehen, aufgeschlüsselt nach Bundesländern. Im Übrigen: Bei der Vorstellung des Antrags habe ich die Zahl im Freistaat Bayern für 2020 genannt: 12.487 Abtreibungen; 2018: 11.868 Abtreibungen. Wie um alles in der Welt kommen Sie hier auf rückläufige Zahlen? Wie um alles in der Welt sehen Sie hier eine positive Entwicklung?

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Ich sehe eine positive Entwicklung. Sie müssen sich die Zahlen genau anschauen,

(Unruhe bei der AfD)

und Sie müssen sich vor allen Dingen die Arbeit der Bayerischen Staatsregierung anschauen. Nachdem Sie wieder nur dazwischengrölen, kann ich Ihnen nicht mehr antworten. Tut mir leid.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zurufe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Dr. Simone Strohmayr für die SPD-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diesen Antrag zur Schwangerschaftskonfliktberatung teilen wir Sozialdemokraten nicht. Wir sind der Ansicht, wir müssen nicht die Beratungsangebote hier in Bayern evaluieren. Unsere Beratungsstellen hier in Bayern arbeiten gut.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin mit vielen Beratungsstellen regelmäßig in Kontakt und weiß: Dort wird hervorragende Arbeit geleistet.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir beim Thema "Schwangerschaftsabbrüche in Bayern" etwas zum Positiven verändern wollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass in jedem Regierungsbezirk die staatlichen Krankenhäuser Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Vielleicht wissen Sie es nicht, aber es gibt mittlerweile einige Regierungsbezirke, wo in keinem staatlichen Krankenhaus mehr Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden. Ich komme aus Schwaben. In Schwaben zum Beispiel ist das der Fall. Für Schwäbinnen bedeutet das zum Beispiel, dass sie weite Wege in Kauf nehmen müssen, wenn sie einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen, dass sie organisieren müssen, wer sie begleitet, dass sie vielleicht ihr Leben zu Hause kompliziert organisieren müssen. Für viele Frauen ist das eine große Belastung in einer Situation, die für die allermeisten eh schon sehr schwierig ist. Hier fordern wir Verbesserungen. Jedes staatliche Krankenhaus in Bayern muss Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Frauen dürfen in schwierigen Situationen nicht alleingelassen werden. Dafür treten wir ein.

(Beifall bei der SPD)

Den Antrag der AfD lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Julika Sandt für die FDP-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD zitiert in der Begründung zu ihrem Antrag mehrfach den Verein "Aktion Lebensrecht für Alle". Nur damit Sie wissen, mit wem sich die AfD hier solidarisiert: Das ist der Verein, der behauptet, dass die CDU/CSU und die SPD im Bundestag eine Agenda der Abtreibungslobby befördern würden. Das ist auch einer der Vereine, die über Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, im folgenden Tenor sprechen:

Das ist der Arzt Sowieso, der hat bereits so und so viele Kinder getötet. – Das ist auch der Verein, der vor Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, und vor Schwangerschaftsberatungsstellen Mahnwachen abhält. Die Frauen, die sich bereits in einer psychisch angespannten Situation befinden, werden dann von diesem Verein, von diesen Leuten noch weiter belästigt.

Allein schon aus dem Grund, dass ich nie im Leben mit solchen Vereinen sympathisieren möchte, und weil wir solche Aktionen niemals aufwerten wollen, werden wir dem Antrag auf keinen Fall zustimmen. Hessen hat dafür gesorgt, dass vor solchen Einrichtungen ein Bannkreis gezogen wird, damit die selbsternannten Lebensschützer dort nicht Kontakt zu den betroffenen Frauen aufnehmen dürfen. Das wäre vielleicht auch für Bayern eine Überlegung.

Die Schwangerschaftskonfliktberatung ist in Deutschland seit Jahren ein wichtiger Bestandteil des Verfahrens bei Schwangerschaftsabbrüchen. Sie ist zwar nach § 219 des Strafgesetzbuches darauf ausgerichtet, Perspektiven für ein Leben mit dem Kind aufzuzeigen – das ist durchaus der Fall; von daher ist Ihre Kritik falsch –; sie soll aber gleichzeitig auch ergebnisoffen erfolgen. Am Ende geht es natürlich auch um Selbstbestimmung.

Eine Beratung vor dem Abbruch ist notwendig, alleine um alle Möglichkeiten aufzuzeigen. In "SPIEGEL ONLINE" ist ein Bericht, wo ganz verschiedene Frauen zu Wort kommen, die an Beratungen teilgenommen haben und die sehr unterschiedlich berichtet haben. Da kann man sicherlich noch hier und da nachsteuern.

Ich denke, dass die Schwangerschaftsberatungsstellen im Großen und Ganzen sicherlich hervorragende Arbeit leisten, aber man sollte, wenn man an einer Weiterentwicklung arbeitet, mal gezielt die Frauen befragen, anonym oder wie auch immer, wie sie das auch retrospektiv sehen und was sie da verbessern würden. Ziel muss es sein, auch auf die ganz individuellen Sorgen und die gesundheitlichen und finanziellen Nöte der Frauen einzugehen und nicht nur kurzfristig zu fragen, was da ist. Wir müssen alle

daran arbeiten, dass Frauen, die ein Kind in die Welt setzen und sich vielleicht dafür entscheiden, wenn der Mann sagt, er beteiligt sich nicht, eine Perspektive aufgezeigt wird. In unserem System, gerade bei den Alleinerziehenden, kann die Erhöhung des Bruttolohns, die Erhöhung von Arbeitszeit bewirken, dass sie am Ende weniger in der Tasche haben, was zu schlechteren beruflichen Perspektiven führt bis hin zur Altersarmut. Das ist ein Thema, an dem wir arbeiten müssen: die Situation der Frauen da zu verbessern.

Wenn sich eine Frau aber für den Abbruch entscheidet, hat sie auch das Recht zu erfahren, welche Ärzte mit welchen Methoden arbeiten. Da sind wir der Meinung, der § 219a gehört komplett abgeschafft, damit entsprechende Informationen straffrei zur Verfügung gestellt werden können.

Es gibt an dieser Stelle also viel zu tun. Lassen Sie das uns Demokraten gemeinsam angehen, statt hier im Hohen Haus selbsternannten Lebensschützern eine Bühne zu geben. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Arbeit, Soziales, Jugend und Familie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wie bereits bekannt gegeben, findet die Abstimmung auf Antrag der AfD-Fraktion namentlich statt. Wir vertrauen wiederum auf unsere Abstimmungskarten. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten und beginnt jetzt. Die Offizianten kommen an Ihren Platz.

(Namentliche Abstimmung von 21:29 bis 21:32 Uhr)

Hat irgendjemand noch nicht seine Stimme abgegeben, der das gerne tun würde? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Abstimmungszeit hiermit beendet. Das Ergebnis der Abstimmung wird wiederum später bekannt gegeben.

(...)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Schwangerschaftskonfliktberatung in Bayern evaluieren und verbessern" auf der Drucksache 18/10427 bekannt: Mit Ja haben 11 Abgeordnete, mit Nein 84 Abgeordnete gestimmt; es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.06.2021 zu Tagesordnungspunkt 16: Antrag der Abgeordneten Jan Schiffrers, Ulrich Singer, Roland Magerl u. a. und Fraktion AfD; Schwangerschaftskonfliktberatung in Bayern evaluieren und verbessern (Drucksache 18/10427)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bayerbach Markus			
Becher Johannes		X	
Becker Barbara			
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal			
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian		X	
Dr. Büchler Markus			
Busch Michael			
Celina Kerstin		X	
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren		X	
Dorow Alex			
Dremel Holger			
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin			
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Englhuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick		X	
Fuchs Barbara			
Füracker Albert			
Ganserer Tessa			
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard	X		
Grob Alfred		X	
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin			
Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang			
Haubrich Christina		X	
Henkel Uli			
Herold Hans			
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael			
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut			
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul			
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			X
Pohl Bernhard			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Regitz Barbara			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik			
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin			
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	11	84	1